

12.03.2013

Unterrichtung

durch die Präsidentin des Landtags

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1322 (16/1045)

Europäische Bankenunion darf das dreigliedrige Bankensystem in Deutschland nicht schwächen

Der einstimmige Beschluss des Landtags vom 7. November 2012 zu dem o. a. Antrag aller Fraktionen wurde der Europäischen Kommission mit Schreiben vom 8. November 2012 übermittelt. Die Antwort der Europäischen Kommission mit Schreiben vom 21. Februar 2013 ist zur vollständigen Information beigelegt.

Anlage

Datum des Originals: 12.03.2013/Ausgegeben: 12.03.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

MICHEL BARNIER

Membre de la Commission européenne

Brüssel, den 21. 02. 2013
BD/cq D(2013) 76640

Marnette

Sehr geehrter Frau Präsidentin,

Präsident Barroso bat mich, Ihnen in seinem Namen für Ihr Schreiben vom 8. November 2012 zu danken, einschließlich der Übermittlung des Beschlusses des Nordrhein-Westfälischen Landtags zum Vorschlag der Europäischen Kommission für eine "Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank" (EZB).

Die Kommission begrüßt die grundsätzliche Anerkennung des Nordrhein-Westfälischen Landtags der Bedeutung effizienter Aufsichtsstrukturen für Banken im Euroraum. Den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 14. Dezember 2012 folgend, stellt der einheitliche Aufsichtsmechanismus einen großen qualitativen Fortschritt auf dem Weg zu einem stärker integrierten Finanzrahmen dar. Ferner teilt die Kommission das Anliegen, die Einlagensicherungsrichtlinie schnellstmöglich anzunehmen und umzusetzen.

Die Kommission entnimmt dem übermittelten Beschluss des Landtags allerdings auch die Bedenken, dass die Vorschläge zur Bankenunion, insbesondere hinsichtlich einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung, das bestehende drei Säulen Modell in Deutschland gefährden könnten. Nach Auffassung des Landtages soll sich der einheitliche Aufsichtsmechanismus daher auf systemrelevante, grenzüberschreitend tätige Banken konzentrieren.

Die Einigung des ECOFIN-Rates vom 13. Dezember 2012 sieht vor, der EZB die vollständige Verantwortung über die Funktionsweise des einheitlichen Aufsichtsmechanismus zu übertragen und sie erhält direkte Aufsichtsbefugnisse über alle Banken im Euroraum, wenn auch in differenzierter Weise und in enger Kooperation mit den nationalen Aufsichtsbehörden. Insbesondere verbleibt die laufende Beaufsichtigung kleinerer und lokaler Banken auf nationaler Ebene. Der Rats-Text präzisiert die jeweiligen Rollen der EZB und der nationalen Aufsichtsbehörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
Carina GÖDECKE
Präsidentin des Landtags
Platz des Landtages 1
40221 DÜSSELDORF
DEUTSCHLAND

Demnach ist vorgesehen, dass die Aufsicht über weniger bedeutende ("less significant") Banken durch die nationalen Aufsichtsbehörden erfolgen soll, wobei die EZB über ein jederzeitiges Selbsteintrittsrecht zur Übernahme der direkten Aufsicht verfügt, wenn dies zur Sicherstellung der einheitlichen Anwendung hoher Aufsichtsstandards erforderlich ist. Die Kommission ist überzeugt, dass dieser Mechanismus die notwendige gemeinsame Kontrolle von Risiken im Bankensektor gewährleistet, bei gleichzeitiger Beibehaltung der Schlüsselrolle der nationalen Aufsicht und unter Beachtung der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

Die Kommission teilt die Ansicht des Landtages dass innerhalb der EZB eine strikte Trennung zwischen Aufgaben der Geldpolitik und der Bankenaufsicht gewährleistet sein muss, um potentiellen Interessenskonflikten entgegen zu wirken. Die Kommission begrüßt daher die vom Rat beschlossenen Lösungen, welche die Unabhängigkeit beider Aufgabenbereiche der EZB sicherstellen.

Die Kommission hofft, dass diese Ausführungen die vom Nordrhein-Westfälischen Landtag aufgezeigten Bedenken beantworten und sieht einer weiteren Fortsetzung unseres politischen Dialoges mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen,

Sehr geschätzter Herr



Michel BARNIER